

## A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Peter Enders (CDU)  
– Drucksache 17/3928 –

### Personalprobleme im Bereich der Pflege auf Intensivstationen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/3928** – vom 25. August 2017 hat folgenden Wortlaut:

Nach aktuellen Berichten hat mehr als die Hälfte der Kliniken in Deutschland Probleme, Intensivpflegerinnen und Intensivpfleger zu finden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Personalsituation der Intensivpflege in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation im Hinblick auf Auswirkungen auf den Klinikbetrieb?
3. Inwieweit hält sie vor dem Hintergrund der aktuellen Situation ihre Aussage aufrecht, Rheinland-Pfalz sei „bei der pflegerischen Versorgung gut aufgestellt“ (Pressemeldung vom 10. Mai 2017)?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. September 2017 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Nach dem Branchenmonitoring für das Jahr 2015 entfiel im Bereich der weitergebildeten Pflegekräfte die quantitativ größte Nachfrage auf Pflegefachkräfte mit Weiterbildung für Intensivpflege; hier wurden 775 Fachkräfte insgesamt nachgefragt, davon 269 Fachkräfte von Krankenhäusern.

Die Pflegekammer berichtet über hohe und weiter steigende Belastungen des Intensivpflegepersonals bundesweit und einen daraus resultierenden Trend der Mitarbeiter zur Verkürzung der individuellen Arbeitszeit (Teilzeit). Konkrete Angaben über die Situation in Rheinland-Pfalz konnten nicht gemacht werden; die Erkenntnisse resultieren daher aus der bundesweiten Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) zur Personalsituation der Intensivpflege und Intensivmedizin.

Zu Frage 2:

Negative Auswirkungen auf den Klinikbetrieb konnten bisher weder im Hinblick auf die Erfüllung der den Krankenhäusern erteilten Versorgungsaufträge festgestellt werden, noch sind solche im Rahmen der Überprüfung von Abrechnungsvoraussetzungen (Abrechnungstreitigkeiten) oder im Rahmen der Entgelt-/Budgetverhandlungen und deren Genehmigung bekannt geworden. Auch der Krankenhausgesellschaft und den Kostenträgern liegen für Rheinland-Pfalz keine Informationen über eine Beeinträchtigung der Erbringung von intensivmedizinischen Leistungen aufgrund mangelndem Intensivpflegepersonal im Klinikbetrieb in Rheinland-Pfalz vor.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung hält ihre Aussage weiter aufrecht. Für die Zukunft wird es jedoch auch darauf ankommen, genügend Fachkräfte zur Verfügung zu stellen und den Kliniken im Rahmen einer fairen Krankenhausfinanzierung eine Refinanzierung der Personalkosten zu ermöglichen. Die Landesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang auch die geplante Vorgabe von Mindestbesetzungen in pflegesensitiven Bereichen im Krankenhaus. Personalmindestgrenzen sind ein wichtiger Schritt, um die Patientensicherheit zu gewährleisten und die Arbeitssituation der Beschäftigten in der Krankenpflege abzusichern. Rheinland-Pfalz setzt sich seit Jahren für eine verstärkte Ausbildung und eine faire Krankenhausfinanzierung ein und wird dies auch weiterhin tun.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin